

metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hanse
Schriftleitung und Verstandsstelle: Stuttgart, Rötestraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgesparte Koloniezeitung 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Das Ringen des Proletariats

Wie ein schwerer Aufdruck lastet die Zeit auf der Menschheit. Der Weltkrieg, die höchste Ausdrucksform der kapitalistischen Krise, verschärft durch den Imperialismus, hat die kapitalistische Wirtschaftsordnung in ihr letztes Stadium gebracht. Die Vernichtung von Menschen, Kultur- und Wertgütern im Kriege untergrub die Fundamente der bestehenden Gesellschaftsform und alle Versuche, den alten, morschen Bau zu stützen und zu erhalten, müssen versagen. Der Zusammenbruch ist unauflöslich. So soll er zusammenbrechen und Platz schaffen für den proletarisch-sozialistischen Staat. Das alte stützt und baut hützt an den Münzen.

Wohl versuchen viele, selbst proletarische Volkschichten beteiligen sich daran, das Leben dieses Dahingehenden künstlich zu verlängern. Ein vergebliches Bemühen, nur die Lasten und Leiden können verlängert werden.

Die Lasten der Krise haben aber die Arbeiterscharen zu tragen. Der heutige Zustand, die Sterbeshunde des kapitalistischen Staates zugleich die Geburtsstunde des sozialistischen Staates, ist eine Zeit bangen Wartens. Die Mühnreicher des kapitalistischen Systems verteidigen bis zum bittersten ihre Vorrechte, die ihnen als Herrschende bevorzugte Klasse waren. Sie sind nicht gewillt, freiwillig auch nur das Geringste aus der Hand zu geben. Immer noch hoffen sie, noch einmal siegreich zu sein und sich die Macht auf längere Zeit zu sichern. Mit dem gleichen Mut kämpft das Proletariat mit wechselndem Glück.

In immer kürzeren Zeitschnitten wiederholen sich die Stürme der proletarischen Revolution in den einzelnen Ländern. Waren es früher Streiks, Arbeiterkämpfe, die 10- bis 20 000 Menschen in ihren Bereich zogen, so erhalten diese Konflikte in der Zeitzeit eine Ausdehnung über Hunderttausende von Proletären. Es entstehen Kämpfe mit ausgesprochen revolutionären Tendenzen und ihre Wiederholung in immer kürzeren Zeitschnitten lässt den Vergleich mit Vorfestgeschichten zu, die einmal doch zum Entscheidungskampf führen müssen.

Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, die Völker und Staaten wieder aufzurichten. Die Fortschritte der Technik und Wissenschaft, hat doch so manche Neuerung revolutionäre Wirkungen im Produktionsprozess ausgelöst, wurden von der Klasse der Bevölkerung nur zur Steigerung ihrer Profitrate bemüht, während beim Proletariat nur Arbeitslosigkeit und neue Sorgen die Folge davon war. Gestiegerte Produktion bedeutet unter diesen Verhältnissen für die Arbeiterscharen gesteigertes Elend. So hat die offene und verbreitete Hilfe, den Kapitalismus wieder in den Sattel zu holen, was besonders in Deutschland in die Erscheinung trat, unter der Arbeiterschaft Misstrauen und Erregung hervorgerufen. In der Furcht, wieder betrogen zu werden, neigen die Massen dazu, zu Mitteln, die der Situation nicht entsprechen, zu greifen. Diese Fesselskräfte ermöglichen dem Unternehmertum, für einige Zeit den Sieger zu spielen, aber schon nach kurzer Zeit machen sich neue revolutionäre Wallungen breit, die letzten Endes doch die Ergreifung der Macht durch das Proletariat ermöglichen und den Sozialismus zum Siege führen werden.

In einer Entwickelung von moralischer Dankespflicht wurden während und nach dem Kriege dem Proletariat, welches für die Interessen der Besiehenden gekämpft und gebütlert hatte, geringe Zugeständnisse gemacht, die nunmehr dem Ausbeutertum hemmend im Wege stehen und die sie unter allen Umständen wieder beseitigen möchten. Dies führt naturngemäß zu schweren Kämpfen. Die Arbeiterschaft lässt sich von dem Ertrüger nichts nehmen, sie muss vielmehr bestrebt sein, den Einfluss im Interesse der Allgemeinheit zu erweitern. Die Unternehmer sehen aber in der Krise ihre Zeit gekommen, die ihnen die umumschränkte Gewalt bringen soll.

Gegenwärtig gärt es in den kapitalistischen Staaten wieder gewaltig.

Im Vorbergrund des proletarischen Interesses stehen gegenwärtig die Kämpfe im Osten. Der Krieg Sovjetrusslands gegen Polen ist ein Kampf des Proletariats gegen den Weltimperialismus. Er brachte eine Stärkung des revolutionären Willens der Arbeiterschichten anderer Länder. Wohl reicht die Macht in einem Lande, um den russischen Brüder durchreichende Hilfe bringen zu können, doch wird alles versucht, um die Waffen Russlands zu erleichtern. Wir können viel tun, wenn es uns gelingt, die Zufuhren von Waffen und Munition nach Polen zu unterbinden. Es wird gelingen, wenn das Proletariat auf dem Polen ist.

In England konnte noch einmal ein gewaltiger Kampf in der Weltindustrie durch die Diplomatie der Regierenden verhindert werden. Wäre er ausgebrochen, so zog er 700 000 Menschen in seinen Bereich. Er wurde aufgeschoben, zu umgehen ist er allerdings nicht, da die Arbeitgeber provokatorisch auftreten. Ihnen würde der Kampf in der Zeitzeit gelegen kommen, hoffen sie doch von einem für die Arbeiterschaft ungünstigen Ausgang eine Stärkung ihrer Macht, was wiederum für die Arbeiterschaft Unterdrückung und Ausbeutung bedeutet.

Saum sind diese Sturmzeichen verschwunden, tauchen neue auf. Smillie, der Vorsitzende der englischen Bergarbeitergewerkschaft, hat einen Aufruf erlassen, der die Bedeutung eines neuen bevorstehenden Kampfes der englischen Bergarbeiter darlegt. Er betont darin: "Der Kapitalismus steht heute stärker denn je. Die Verprechungen der Regierung und Kapitalisten sind längst vergessen. Das organisierte Kapital beschäftigt sich damit, die Arbeiterscharen zu spalten, um sie um so leichter in das Netz des Arbeiterslagers zurückzuziehen zu können. Die Bergarbeiter fordern eine Herabsetzung des Preises der Haushalte, um den Armuten des Volkes zu helfen. Weiter fordern sie eine Erhöhung des Lohnes, um wenigstens das Lebensniveau der Kriegszeit zu erreichen. Er bittet die Arbeiter, sich über die Forderungen der Bergarbeiter auf dem laufenden zu halten und sich nicht von kapitalistischer Propaganda täuschen zu lassen." Rieben wir die leichten Kämpfe der Bergarbeiter, besonders um die Sozialisierung, mit in Betracht, so wird ohne weiteres klar, dass auch dieser Kampf ungeheure Dimensionen annehmen muss.

Die tschechoslowakischen Legionäre, welche zur Errichtung des selbständigen, freien tschechischen Staates im Kriege freiwillig die Waffen streckten und auf Seite der Entente den Kampf gegen die Mittelmächte führten, sind aus Russland in ihre Heimat zurückgekehrt. Ihre Hoffnung, ein frisches, glückliches Vaterland zu finden, war schmachhaft betrügt. Eine kapitalistische Krise hatte die Leitung des Staates in die Hand genommen und regierte unentwegt gegen das Proletariat und die Freiheit, glaubte schließlich noch, sich sicherlich auf die Bajonetten der Legionäre stützen zu können. Die Regierenden sind jetzt eines anderen belehrt worden. Die Legionäre

haben am 22. August auf ihrer Konferenz in Prag eine scharfe Resolution angenommen, in der die Angriffnahme einer energischen Durchführung der Sozialisierung gefordert wird. Die tschechischen Staatenmacher sind sprachlos, die Sympathien der Arbeiter aber restlos auf Seiten der Legionäre. Ein erfreuliches Zeichen, das die in einem chauvinistisch-nationalen Raum eingehetzten Menschen ihr proletarisches Empfinden sich bewahrt haben und nun auch betätigen.

In Italien kam es zu Differenzen zwischen Metallarbeitern und Unternehmertum. Durch das provokatorische Verhalten der Unternehmer entwickelte sich ein erster Konflikt. Sie wollten die Betriebe schließen, um gleichzeitig den ihr mißliegenden Teil der Arbeiterschaft los zu werden, um ungehindert die Ausbeutung betreiben zu können. Die Metallarbeiter beantragten den Schlag mit der Besetzung der Betriebe und führten die Produktion unter Aufsicht und Kontrolle der Belegschaft fort. Die Bewegung hat einen ziemlichen Umfang angenommen und ist beim Niederschreiben dieser Zeilen noch nicht abgeschlossen. Hoffen wir, dass das italienische Proletariat in diesem Kampf siegreich bleibt. Nach den Meldungen verhält sich die Regierung neutral.

Andererseits sieht es in dieser Beziehung in Deutschland aus. Bei uns ist Unternehmertum und Regierung Personalunion. Eines läuft das andere nicht im Stich, sobald es nur gegen die Arbeiterschaft geht. Symptomatisch hierfür ist der eben beendete Kampf in Württemberg. Hier wie allerdurch machte sich eine gewaltige Abneigung gegen den Steuerabzug bemerkbar. Einmal war der Abzug von 10 v. H. bei der jüngsten wirtschaftlichen Misere unerträglich hoch und zum andern bezeichnete die ganze Steuerabzieherei eine Verfehlung der arbeitenden Schichten. Der Steuerabzug wurde verweigert und Verhandlungen darüber fanden statt, die bei einem guten Willen zu einem befriedigenden Ergebnis führen könnten. Doch hatte die Daimler-Motoren-Werkegesellschaft ein ganz besonderes Interesse, aus der herrschenden Stimmung in Arbeiterschaft Kapital für sich zu schlagen. Schon lange wurde von ihr geplant, einige tausend Arbeiter auf die Straße zu werfen, doch gelang ihr nicht, die vorhandenen Gesetze zu umgehen. Einem vom Betriebsrat gestellten Sachverständigen, welcher die Unrentabilität des Betriebes sowie die angebliche Unmöglichkeit, die Fortführung der Produktion zu finanzieren und den Auftragsmangel nach Maßgabe der Bücher kontrollieren sollte, wurde die Einsicht in die Bücher verweigert. So durften auch keine Entlassungen vorgenommen werden. Als dann von Seiten der kommunistischen Partei die Propaganda für die Wahl der politischen Arbeiterräte betrieben wurde, was eine gewisse Einigkeit in die Arbeiterschaft brachte, glaubten die Schärmacher, die Zeit für ihren Schlag sei gekommen. In vollster Harmonie mit der Regierung (der württembergische Arbeitsminister ist ein ehemaliger Daimler-Direktor) wurden in der Nacht die Betriebe geschlossen und mit Militär besetzt.

Den am andern Morgen ohnmächtig nach den Arbeitsplätzen gehenden starben die berühmten deutschen Kultursäulen entgegen: "Wer weitergeht, wird erschossen!"

17 000 Arbeiter der drei größten Stuttgarter Betriebe (Daimler, Bosch und Ehlingen) lagen auf dem Straßenpflaster. Freiwillig ist wohl noch nie eine Aussperrung angezettelt worden. Wir sind in Deutschland von einseitigen Regierungsmethoden allerhand gewöhnt, bei diesem Fall sank aber die württembergische Regierung zum Mittel der Unternehmer herab.

Die Gesamtarbeiterschaft nahm den Fehdehandschuh auf. Immer mehr traten die wirklichen Absichten der Unternehmer in die Erkenntnis. Der Steuerabzug — die Unternehmer hatten die Arbeiterschaft selbst mit ermuntert, gegen die Steuer zu opponieren — spielte bei Beginn des Kampfes nur eine untergeordnete Rolle. Schon nach den ersten Verhandlungen erfärbten die Unternehmer, den Steuerabzug vornehmen zu lassen, somit war der indirekte Anlaß zum Kampf beseitigt. Die Betriebe blieben trotzdem geschlossen und vom Militär besetzt. Der Schärmstreit für die Ausgepressten nahm schärfere Formen an und breitete sich über das ganze Land aus. Die Leistung des Kampfes lag in den Händen der Betriebsräte und ihres Aktionsausschusses. Die Unternehmer drückten unter dem Schutz der Regierung ihre reaktionären Pläne durch. Ihnen kam es darauf an, dem revolutionären Proletariat das Rückgrat zu brechen, die ihnen mißliegenden Betriebsräte und Funktionäre zu nachtreiben.

Der Kampf wurde der Arbeiterschaft in der für sie ungünstigsten wirtschaftlichen Situation aufgezwungen. Wohl waren die Meinungen über die Anwendung des Generalstreiks geteilt, er wurde trotzdem geführt, da ein Ausweichen ein seiges Durden unter das Volk der Schärmacher gewesen wäre. Der Kampf wurde ohne Erfolg für die Arbeiterschaft beendet. Der Kampfeswillen des württembergischen Proletariats ist nicht gebrochen und die Zeit wird kommen, wo auch diese Scharte wieder ausgeweitet werden wird. Die Arbeiterschaft hat in diesem Kampf Erfahrungen gesammelt, die ihr bei neuen Kämpfen von Nutzen sein werden. Vorläufig hat die Reaktion einen Sieg davongetragen, diese Erkenntnis muss ein Ansporn sein, die Reihen des Proletariats fester zu schließen, um einig und geschlossen weitere Pläne der Reaktion abzuhandeln werden zu lassen.

Berfolgen wir das Ringen allerdurch mit klarem Blick, so gibt es uns Stoff zum Lernen und Denken. Bedeutend ist das Glück für die beteiligten Klassen, oft ist aber der Erfolg schon im Voraus zu bestimmen. Erfärblich aus den Bedingungen und Umständen, unter denen die Parteien zum Kampf gezwungen werden. Wohl ist zu konstatieren, dass die proletarische Kampfsfront elastischer, jähiger, sich der Situation anzupassen, geworden ist. Das starre Festhalten an Formalitäten oder langwierigen Erwägungen wird langsam überwunden. Doch eines tut not, besonders bei uns in Deutschland, ein gewisses Vertrauen zu den führenden Personen muss wieder platziert werden. Nicht zu den Führern, die sich als Herren, als Diktatoren ausspielen, sondern zu den Personen, die Grund ihrer Erfahrungen und ihrer Erkenntnisse berufen sind, dem Proletariat mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die Überlegenheit des Unternehmertums beruht nur auf der Besiegung und Rücksichtnahme der Ratschläge ihrer führenden Persönlichkeiten. Im Proletariat steht es anders aus. In unseren gegenwärtigen Organisationen ist ein jedes Vertreter verloren gegangen. Nicht der gilt mehr, der mit Ruhe und Besonnenheit seine Ratschläge erteilt, sondern jetzt, der an die Launen und an die Leidenschaft appelliert. Oft gleicht bei Bewegungen die Führung in die Hände von Personen, die dieser Aufgabe nicht gewachsen sind, nicht sein können, da sie Neulinge auf diesem Gebiet. Das Fiasco trägt das Proletariat. In der gegenwärtigen Situation ist eine erhaltene, verantwortungsvolle Leitung notwendiger denn je. Diese Erkenntnis kann nur die Schlagkraft der Arbeiterschaft erhöhen.

Achter Internationaler Metallarbeiterkongress

Vom 20. bis 24. August tagte in Kopenhagen zum ersten Male wieder seit dem Jahre 1913 der Kongress des Internationalen Metallarbeiterbundes. Wie auf alle internationalen Vereinigungen des Proletariats, so hatte auch auf die eiserne Internationale der Weltkrieg und die mangelnde Energie und Kraft der proletarischen Organisationen und deren Führung in der Bekämpfung des Krieges seine Rückwirkung ausgeübt.

Darüber hinaus aber muhte auch das lange Fehlen engerer internationale Beziehungen, die mangelnde Kenntnis über die inneren Verhältnisse, die Entwicklung und den Reifegrad der Bewegung in den verschiedenen Ländern usw. erschwerend wirkten bei dem ersten Schritt, der in Kopenhagen unternommen werden sollte, nicht etwa nur die alte eiserne Internationale wiederherzustellen, sondern eine neue lebensfähige aufzubauen, welche, bis Lehren aus der Vergangenheit ziehend, ein von neuem zum Handeln bereites Organ darstellen soll, ein würdiges Glied in den Kampfesformationen des revolutionären Proletariats, das sich nicht Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiter im kapitalistischen Staate herbeizuführen, sondern zusammen mit den anderen proletarischen Kampforganisationen den Sturz des kapitalistischen Systems und die Errichtung eines sozialistischen Gemeinwesens sich zum Ziel setzt.

Ist es nun gelungen, diese Neuschaffung unserer Metallarbeiterinternationale restlos durchzuführen? Es wäre vermessen, diese Frage bejahen zu wollen. Würde doch schon diese Aufgabe dadurch erschwert, dass gerade sehr wichtige Zweige der Internationale nicht anwesend waren. So fehlten vor allen Dingen die Engländer, die Italiener, die Amerikaner sind dem Bunde überhaupt noch nicht angeschlossen und die russischen Delegierten wurden von den "freiheitlichen" Regierungen der skandinavischen Länder überhaupt am Erscheinen verhindert. Zunächst bestand noch Hoffnung, dass sie durch Intervention der dänischen Regierung — wenn auch mit einiger Verzögerung — noch erscheinen könnten; doch lehnte schließlich auch die dänische Regierung die Einreiseerlaubnis ab, allerdings in der schläfen Weise, dass sie die Erlaubnis nur geben würde, wenn sie auch von der norwegischen Regierung erteilt würde, und diese sagte umgehend wiederum daselbe. Einer schob es auf den andern — alle aber zeigten damit nur ihre Angst vor dem Zusammenspiel der revolutionären Teile der internationalen Arbeiterschaft und das Bewußtsein der herrschenden Klassen, dass ihre Sterbeshunde naht. Es zeugt aber auch von der noch ungenügenden Kraft der nordischen Organisationen, dass sie diese Einreise nicht zu erzwingen in der Lage waren.

Was nun schon durch das Fehlen dieser wichtigen Zweige der Kongress in seiner Zusammensetzung kein getreues Spiegelbild der internationalen Proletarschaft vorhanderne Meinungen und Strömungen, so machte sich doch auch außerordentlich stark die Lücke gellend, dass der Entwicklungsrab in den verschiedenen Ländern durchaus unterschiedlich ist, so dass z. B. in Frankreich die Macht der Organisation — speziell nach dem letzten verunglückten Generalstreik — noch nicht eine solche ist, wie wir alle es im Interesse der Zusammenarbeit mit dem Kapital wünschen möchten. Erfreulich war aber festzustellen, dass alle Unwesener vollkommen frei waren von jeglicher nationaler Vorurteilslosigkeit, dass speziell auch Belgier und Franzosen den Deutschen mit offener Kameradschaftlichkeit entgegneten, mit dem ernsten Streben, in wahrstem Sinne internationale Solidarität aktiv zu befürden.

Als eine kräftige Antwort auf die zwangsläufige Zurückhaltung der russischen Delegierten durch die nordischen Regierungen und als erfreulicher Beginn zum Aufbau einer Internationale der Tat, kam der Beschluss zu stande, jegliche Munitions-, Waffen- und Kriegsgeräteherstellung für die Feinde der Sowjetregierung zu verweigern und die Transportarbeiter in der Versorgung von Truppen-, Waffen- und Munitionstransporten tatkräftig zu unterstützen. Zu gleicher Zeit wird den Metallarbeitern aller Länder die unbedingte und durch keinerlei Vorwand bedingungslose Pflicht zur Bekämpfung des Krieges auferlegt und damit nicht nur eine Verurteilung der Kriegspolitik der Vergangenheit ausgesprochen, sondern auch die Konsequenz aus dieser Verurteilung gezogen und der Arbeiterschaft aller Länder eine Pflicht auferlegt, deren Ernst und Erwagte nicht genug betont werden kann.

Des weiteren wird eine Verlegung des Sitzes von Deutschland nach der Schweiz beschlossen und Genosse Ilg (Bern) zum Sekretär gewählt. Ihm ist ein viergliedriger Vorstand zur Seite gegeben und diesen fünf Genossen wird gemeinsam die Pflicht obliegen, weitere Bande mit den noch fehlenden Föderationen anzuknüpfen und die Vorbereitungen zu treffen für einen bis spätestens 1. April 1921 einzuberuhenden neuen internationalen Kongress, der dann das begonnene Werk in durchgreifender Weise fortführen soll.

Wenn darum auch die vorhin gestellte Frage, ob die Neuschaffung einer wahrhaft aktionsfähigen eisernen Internationale restlos gelungen sei, nicht unbedingt bejaht werden könnte, wenn auch aus manchen Reden noch herzlich wenig herauszuhören war von den gewaltigen Umbildungen, die sich in den letzten Jahren vollzogen, von dem neuen Geist, der dadurch in der Arbeiterbewegung seinen Eingang nimmt, so können wir dennoch feststellen: Ein Sturz vorwärts ist getan, der feste Wille zur Tat befindet werden! Nur gilt es aber auch für alle angeschlossenen Organisationen, die energische Durchführung der gefassten Beschlüsse sich zur heiligen Pflicht zu machen und jeder in seinem eigenen Lande in geschlossener, Kampfesbereiter Gruppe eng an die Arbeit — die Revolutionierung der Käpfe — zu gehen.

Geschieht dies überall, dann wird der Anfang nächsten Jahres stattfindende 9. Kongress in der Lage sein, das begonnene Werk in großzügiger Weise weiter zu fördern!

Verhandlungsbericht.

Kopenhagen, 20. August 1920.

In Dänemarks Hauptstadt trat der 8. Kongress des Internationalen Metallarbeiterbundes nach siebenjähriger Pause wieder zusammen. Die letzte Tagung hatte 1913 in Berlin stattgefunden — damals liegen die durchbaren Jahre des Weltkrieges, die den Bund zwar nicht getroffen, doch jedes aktive internationale Zusammenwirken des Bundes in den Hintergrund gesetzt hatten. Diese gelösteren Bande wieder anzutunnen, die einzelnen Glieder der Metallarbeiterinternationale seltener zusammenzutreffen, dem Bund die Wege zu einer aktiveren Politik im proletarischen Klassenkampf zu ebnen — das sollte eine der vornehmsten Aufgaben des Kongresses sein.

Nicht alle Länder sind auf dem Kongress vertreten. Bedauerlicherweise fehlten die Engländer und die Italiener. Beide haben sich entschuldigt, doch bei einer solch wichtigen Tagung darf es keine Entschuldigungen geben; hier handelt es sich um Pflichten, denen sich kein Mitglied der Internationale entziehen kann und darf. Die Schweizer treffen erst morgen ein, auch hofft man noch auf das Eintreffen der Russen, denen Norwegen die Einreise verboten hatte, doch soll durch nochmalige Intervention ihr Kommen doch ermöglicht werden. Vertreten sind bisher: Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Belgien, Frankreich, Polen, Dänemark, Schweden, Norwegen mit über 40 Delegierten.

Vor Eröffnung des Kongresses trat das Zentralkomitee des Bundes (die Landesvertraulensleute) zu einer Vorberatung zusammen. Hierbei beantragte Dihmann (Deutschland) u.a., Stellung zum gegenwärtigen Kampf Sowjetrusslands zu nehmen, das gegenüber Polen und den hinter diesem stehenden kapitalistischen Mächten die Interessen des Proletariats verteidige. Eine dreigliedrige Kommission soll dem Kongress eine Entschließung vorbereiten.

Allmählich konstituierte sich der Kongress und der Vorsitzende des Dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiterverbands Hansen (Kopenhagen) richtete an die Delegierten herzliche Begrüßungsworte.

Der 2. Sitzungstag

begann mit dem Bericht der Mandatprüfungskommission. Aus 11 Ländern sind 49 Delegierte anwesend. Dieselben vertreten 16 Organisationen, deren Mitgliederzahl am Jahresende 1919 etwa 2½ Millionen, gegenwärtig aber bereits rund 3 Millionen beträgt. Unter Berücksichtigung der Organisationen derjenigen Länder, die als Bundesmitglieder auf dem diesmaligen Kongress nicht vertreten sind, geht der Internationale Metallarbeiterbund heute 4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder.

Hansen (Kopenhagen) teilte dem Kongress mit, daß den russischen Delegierten die Einreiseerlaubnis von den Regierungen vorbehoben und Dänemark verweigert wurde.

Solau (Belgien), Tagespräsident des Kongresses, bedauert, daß die russischen Delegierten am Eröffnen verhindert sind.

Dihmann (Deutschland) erklärt, daß es mit einem Ausdruck des Bedauerns sein Bewenden nicht haben könne. Der Kongress müsse dazu Stellung nehmen, nachdem die Landesvertraulensleute geprüft, inwieweit noch weitere Schritte möglich, um die Einreiseerlaubnis doch noch zu erwirken.

Dieser Vorschlag unterstützt Schilde (Österreich). Nach einer längeren Debatte, an der sich Hansen (Kopenhagen), Dihmann (Deutschland), Solau (Belgien), Rummel und Schilde (Deutschland) beteiligten, wurde mit 18 gegen 13 Stimmen ein Antrag auf Schluss der Debatte angenommen.

Der Vorsitzende betont, daß der Kongress sein tiefstes Bedauern über das Fernbleiben der russischen Delegierten befindet.

Sodann ergänzt der Sekretär des Bundes, Schilde, den gebräuchlich vorliegenden Geschäftsbetrieb durch mundliche Vortrag. Nach dem letzten Kongress vollzog sich der Abschluß der Nordamerikanischen Metallarbeiterorganisationen an den Internationalen Metallarbeiterbund. Diese Verbindung ging wieder verloren. Neue Organisationen sind dem Bunde beigetreten aus der Tschechoslowakei, Polen und Luxemburg. Wir haben zu prüfen, inwieweit die Beschlüsse des letzten Kongresses (1913) den heutigen Verhältnissen noch entsprechen. Der Krieg behinderte einen ergeren Vertrag mit den einzelnen Gliedern des Bundes, nur mit der Hilfe der Kollegen aus neutralen Ländern war eine teilweise indirekte Verbindung möglich. Schilde bestreitet weiter die „Internationale Metallarbeiter-Familie“, die Beitragsfrage und hebt hervor, daß der Zusammenschluß dieses Kongresses wiederholt wegen Behinderung der Delegierten einzelner Länder verschoben werden mußte.

In der Nachmittagsitzung wurde in die Diskussion über den Bericht des Sekretärs eingetreten.

Der Belgier Edelerz hat an dem Bericht nichts auszusetzen, nimmt nur die Engländer gegen den in diesem Bericht enthaltenen Vorwurf in Schuß, als hätte sie an internationaler Solidarität zu wünschen übrig gelassen. Er weist darauf hin, daß seit der Kriegszeit die englischen Kameraden ihnen viele Beweise kommunistisch-freien Geistes gegeben haben und daß eine starke Handlung im Sinne eines neuen Geistes sich dort vollziehe.

Dihmann (Deutschland) unterzieht die Tätigkeit des Bundes in den vergangenen sieben Jahren einer Kritik, und wenn man hente noch all diesen Geschehnissen sich zum ersten Male wieder international zusammenfindet, sei es möglich, dieses Versehen des Bundes festzustellen und nach den Ursachen zu forschen. Ursachen, die nicht lediglich in einer Berlin, sondern in den gesamten Reichshäfen zu suchen sind. Außerdem sei es auch im begrenzten Rahmen des Status möglich gewesen, mehr zu tun als getrieben. Es mußte aber mit Debauern festgestellt werden, daß eine bereits angekündigte neuamerikanische Organisation wieder verhindert sei, die Engländer und Südtiroler, die sonst fast auf dem Kongress vertreten waren, fehlen heute. Angesichts der gegenwärtigen Stellung, die das Schwergewicht auf England und Amerika gelegt habe, mußte man West darum legen, die Metallarbeiter dieser Länder bei uns zu haben.

Aber nicht nur im Weltkrieg selbst, sondern ganz besonders auch in der Zeit seit Ausbruch der Revolution habe der Bunde versagt. Selbst die „Internationale Metallarbeiter-Familie“, als einziges, wenn auch ziemlich primitives internationales Organ des Sozialismus, die Ausrichtung einer neuen Ordnung anstrebt. Wenn man in Zukunft der Internationale Metallarbeiterbund zu anderer Seite aufgeschaut, schließlich verlangt Dihmann noch die Verfestigung des Friedens der Engländer an den anderen und erhöhte Ausführungen, aber sonst nichts aus rein gemeinschaftlicher Aufgaben, sondern die Metallarbeiterinternationale mußte in den Kreis ihrer Tätigkeit den Kampf zur Verfestigung des Kapitalismus, die Ausrichtung einer neuen Ordnung anstreben. Dihmann mußte in Zukunft der Internationale Metallarbeiterbund zu anderer Seite aufgeschaut werden. Schließlich verlangt Dihmann noch die Verfestigung des Friedens der Engländer an den anderen und erhöhte Ausführungen darüber, was geschehen, um die so notwendige engeren Verbindung mit den Staaten einzuführen.

Schilde erwidert, daß die internationales Beziehungen deswegen unzureichend erschienen waren, da es ihm nicht möglich gewesen sei, nur in der Zeit vor 1914 der noch nicht organisierten Organisationen zu gelangen. Schließlich habe bei seinem Amtseinsatz in Deutschland keine Verbindung geschaffen, mit ihm als internationalem Sekretär darüber zu nehmen; nur durch ein Telegramm von Berlin habe er seiner Empörung über die Verfestigung des Kongresses Ausdruck gegeben, die durch den Antrag der Engländer verdeckt wurden mit dem Ergebnis, daß die Internationale verlangt habe, so lange dies an der Engländerseite bestehen bleibe, keine Verbindung geschaffen werden. Diese war die Basis des Bunde und des internationalen Sekretärs verschoben, so große war in den Kreis der Meinungen ein und das wurde verdeckt werden.

Er beruft dann den Brief der Engländer, die ihre Abreisezeit mit wichtigen Konferenzversammlungen über die Stellung der englischen Arbeiter zur Lage in Irland, Polen und Russland entschuldigen, eine Verfehlung des Kongresses auf 1921 bekräftigen und setzen um die Verfestigung des internationalen Sekretärs aus Deutschland aus einem anderen Land zu ziehen.

Der 3. Verhandlungstag

wurde von Michel (Deutschland), als Tagespräsident, geleitet. Vor Einführung in die Tagesordnung stellt Mertheim (Frankreich) die Anfrage, welcher Art die Verhandlungen und der Inhalt der Prothesenpolitiken gewesen seien, die zwischen Hansen (Kopenhagen) und den Russen stattgefunden haben. Darüber sei im Bericht nichts gesagt, die Delegierten seien aber verpflichtet, auch hierüber in ihrem Lande respektlos Aufschluß zu geben.

Hansen (Kopenhagen) berichtet darauf, daß er im Juni ein Telegramm Schlapoffs erhalten habe, worin er Schlapoff den Vorwurf der Sabotage des Kongresses mache. 14 Tage darauf sei er in Kopenhagen angelommen und habe die sofortige Einberufung des Kongresses verlangt, worauf sich Hansen nicht einließ. Gleichzeitig lämnten Vertreter der italienischen Organisation, die glaubten, daß der Kongress am 15. Juni stattfinde, ebenso zwei Luxemburger Kollegen. Die dänischen Kollegen beriefen darauf sofort Vertreter aus Stockholm und Kristiania und es fand eine Vorbesprechung statt, die zwei Tage dauerte und wobei unter formellem Einverständnis Schlapoffs als Datum des Kongresses der 20. August angenommen wurde. Sonst sei nichts Interessantes vorgekommen. Über die Tagung wurden zwei Protokolle abgefaßt. Zum übrigen habe Schlapoff vor dem Geschäftsausschuß des Dänischen Metallarbeiterverbandes und der Landesorganisation einen Vortrag gehalten, worin er ihnen auseinandergesetzt habe, daß es keinen Sozialismus ohne Klassen gäbe. Für einen solchen Sozialismus mit Maschinengewehren aber sei in Skandinavien kein Verständnis.

Darauf fragt Mertheim, ob ein Protokoll dieser Runde Schlapoffs vorliege resp. ob sie veröffentlicht worden sei; in diesem Falle bitte er um Vorlage. Seine Fragestellung sei deshalb erfolgt, weil man der Internationale den Vorwurf machen könnte, die russischen Genossen ausgeschlossen zu haben; wenn sie hier wären, würde er unbedingt für ihre Zulassung plädieren.

Hansen (Kopenhagen) erwidert ihm, daß ein Bericht über die Runde nicht veröffentlicht worden sei, die Notizen des Übersehers jedoch noch vorliegen und dieser bereit sei, sie auszuarbeiten.

Stein (Österreich) fragt an, ob das internationale Sekretariat eine Sammlung der verschiedenen Gesetze vorgenommen und sie den angehörigen Organisationen zugestellt habe, die während des Krieges in den verschiedenen Ländern erlassen wurden, um die Arbeitersklasse in den Dienst der Kriegsführung zu stellen.

Ihm wird von Schilde erwidert, daß diese Sammlung nicht vollständig hätte vorgenommen werden können, weil speziell durch die Blodade keine Möglichkeit zu ihrer Beschaffung bestanden habe. Gleichzeitig bittet Schilde, das Sekretariat zur Vermittlung in den Meinungsverschiedenheiten zu beauftragen, die zwischen den beiden tschechoslowakischen Organisationen über deren Auffassung bestehen.

Auf Antrag Mertheims wird der Bericht zur Kenntnis genommen und zur Tagesordnung übergegangen.

Am Nachmittag beginnt die Behandlung des 3. Punktes der Tagesordnung:

Unsere internationales Beziehungen.

Hierzu führt Schilde aus, daß durch den Kriegsausbruch die Beziehungen des leichten Kongresses noch nicht hätten erledigt werden können. Seine dem heutigen Kongress gemachten Vorschläge seien nur die Ausführung dessen, was auf dem Berliner Kongress beschlossen worden sei. Nach seiner Auffassung müsse an dem föderativen Charakter der Metallarbeiterinternationale festgehalten werden, sie dürfe keine Centralisation werden. Es sei streng zu vermeiden, in Taktik und Aufbau der Organisationen einzutragen. Das Sekretariat habe nur Ratschläge zu erteilen und sich jeder Beeinflussung zu enthalten.

Zum Gegenfall zu der gestern in der Diskussion von Dihmann geführten Aussage sei er der Meinung, daß man keine bindenden Vorschriften von zentraler Stelle aus erlassen könne, sondern nur Beratungen über bestimmte Materien pflegen. Man müsse sich jedoch davor hüten, die Zentrale des I.M.W. zu einem politischen Aktionsausschuß zu machen. Das Arbeitsgesetz des Bundes sei, sich mit Spezialaufgaben des Berufes zu beschäftigen. Ferner müsse der Bund seine Aufgabe in der Betreuung und Unterstützung des Internationalen Arbeitsamts in Genf, einer Organisation des Völkerbundes über die Probleme des Arbeiterschutzes und soziale Fragen einschließen.

Im Gegensatz zu der gestern in der Diskussion von Dihmann geführten Aussage sei er der Meinung, daß man keine bindenden Vorschriften von zentraler Stelle aus erlassen könne, sondern nur Beratungen über bestimmte Materien pflegen. Man müsse sich jedoch davor hüten, die Zentrale des I.M.W. zu einem politischen Aktionsausschuß zu machen. Das Arbeitsgesetz des Bundes sei, sich mit Spezialaufgaben des Berufes zu beschäftigen. Ferner müsse der Bund seine Aufgabe in der Betreuung und Unterstützung des Internationalen Arbeitsamts in Genf, einer Organisation des Völkerbundes über die Probleme des Arbeiterschutzes und soziale Fragen einschließen.

Am Ende des Berichts betont Stein (Wien) die Schwierigkeit,

die vom Sekretariat entlastet werden sei. Die im Krieg entstandene Verwirrung habe ihre Ursache im gegenseitigen Misstrauen der verschiedenen Länder zu sein. Das Sekretariat müsse nun mehr zu einem lebendigen Glied gemacht werden und einen regeren Austausch der Gedanken und Bestrebungen vornehmen. Dihmann habe das Sekretariat keine Freiheit geahnt, sondern nur mechanisch die ihm übermittelten Befehle übertragen und weitergeleitet. Er untersucht den Antrag der Belgier auf Auflösung eines befürworteten internationalen Sekretärs und eines Volksgesetzschaffens, der regelmäßig zusammenzutreffen habe. Den Antrag der Belgier, Engländer und Franzosen auf Auflösung des Internationalen Sekretariates nach einem neutralen Land, könne er begreifen, da Deutschland seine moralische Autorität eingebüßt habe. Er beweist indessen, daß im neutralen Ausland die geeignete Persönlichkeit gefunden werden kann, um die Amtsführung des Sekretariates bis zum nächsten Kongress hinanzuschaffen.

Auf Antrag Schildes wird die Diskussion unterbrochen, damit die Landesvertraulensleute und der Geschäftsausschuß über die Frage der Verlegung des Internationalen Sekretariates nach verständigen können.

Am 4. Verhandlungstag

erhält vor Einsicht in die Tagesordnung

Dihmann (Deutschland) das Wort zur Begründung der von der Kommission vorgelegten Resolution. Er führt weiter aus:

Um zusammen nach langen Jahren wieder vereinigt, hat sich das Zentralkomitee ebenfalls damit beschäftigt, ob es nicht notwendig sei, daß in der Zukunft mit einer der wichtigsten Fragen bestreitigt wird, die das ganze Proletariat Europas angeht, das in die Höhe des Krieges in den.

Das Zentralkomitee hat diese Frage besprochen und beschlossen, auf dem Kongress eine Aussicht zu bringen, daß wir mit der Gewerkschaftsinternationale übereinkommen, die bereits zweimal Stellung genommen hat; das erste mal durch Erklärung des Völkerbundes gegen Rumänien zur Unterstützung des unterdrückten und gequälten ungarnischen Proletariats und das zweite mal gegenüber dem Kampf des russischen Proletariats gegen die polnischen Angreifer.

Aber das, was wir im Krieg leisten, ist eine Folge des Weltkriegs. Und darum hat sich die vom Zentralkomitee eingesetzte Kommission davon überzeugt, daß man auch den Charakter des Krieges kennzeichnen darf. Darum behandelt die Resolution die Frage des Krieges als solchen, und zwar nicht nur den Krieg der Bergarbeiter, sondern auch den Krieg als Werkzeug des Kapitalismus.

Wir haben dem Krieg gegenüber standhaft zu sein, doch es der Imperialismus war, der die Völker in den Krieg hineingezogen hat. Die imperialistischen Kräfte führen hier im Kriege einerseits auf das Werkzeug, das Volk, das zu Millionen auf den Schlachtfeldern verblieben, andererseits auf den Herrn der Arbeiter, die, in Kämpfen gekämpft, gegen werden. Material und Munition hergestellt, durch das

erst die Armeen in stand gesetzt wurde, das Morden weiterzuführen. Wir müssen darum prüfen: Was können wir tun, um den Krieg unmöglich zu machen. Verweigern die Arbeiter eine weitere Herstellung von Waffen, Munition usw., dann ist den kapitalistischen Regierungen eine weitere Kriegsführung unmöglich. Ich verweise ferner hier auf den zweiten Absatz der Resolution, die den Krieg als solchen verurteilt. Dies müssen wir zur Basis unserer Stellungnahme machen.

Aber niemals kann durch die Gewalt der Kriege die Zivilisation gefördert, noch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelöst werden. Unter der Maske des Rechtes ist stets das Recht vergewaltigt worden. Wir aber haben das Recht jedes Volkes zu betonen, selbst über seine inneren Verhältnisse und seine Regierungsform zu bestimmen. Alle bisherigen Friedensverträge aber, von Brest-Litowsk bis Versailles, stellen eine Vergewaltigung des Rechts dar. Bei allen abgeschlossenen Verträgen fragen wir vergebens danach: Wo sind die Rechte des schaffenden Volles geblieben? Nur die kapitalistischen Interessen wurden beachtet und fanden auch ihren Niederschlag in dem Völkerbund. immer neue dunkle Wolken ziehen am Horizont heraus, neue Kriegsgefahren drohen, und als diesen Gefahren gegenüber hat der Internationale Metallarbeiterbund die Pflicht, Stellung zu nehmen. Im Kriege Polens gegen Sowjet-Russland vereinigt sich das internationale Kapital, weil es sich in Russland um eine proletarische Regierung handelt. Wenn wir auch nicht alle Einheiten der russischen Verhältnisse kennen, so wissen wir doch, daß das internationale Kapital gegen Russland kämpft, um damit den Sozialismus zu treiben und darum ist für uns der Kampf im Osten die Verteidigung des russischen Proletariats.

Angesichts der Versuche des internationalen Kapitals, seine Position zu festigen, hat die Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam die erwähnten Beschlüsse gefaßt. Wir als Glied dieser Internationale, haben die von ihr erlassenen Auflösungen tatsächlich zu unterstützen. Als Metallarbeiter erweitern wir diesen Appell dahin, daß nicht nur der Transport, sondern auch die Herstellung von Munition und Kriegsgerät verweigert werden müssen. Dabei sind wir uns der Schwierigkeit und des Ernstes bewußt, den die Durchführung dieser Aktion erfordert. Aber die Metallarbeiter müssen als Vorborgarde des Proletariats trocken aller Schwierigkeiten und der möglichen Schwäche in einzelnen Ländern alles daran setzen, um der Gewerkschaften zu folgen. Seien wir uns der großen Aufgaben bewußt, die den Gewerkschaften auflaufen. Wir rufen die Arbeiter auf, eingedenkt des Wortes: Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk der Arbeiter selber sein!

Richard Müller (Deutschland) ist mit dem Ergebnis der Bevölkerungen nicht zufrieden. Zu wenig sei zu spüren gewesen von den Wellenläufen der Revolution. Die Unwissenheit der Russen aus dem Kongress bedauert er. Die kapitalistischen Regierungen würden es als Schwäche der Arbeiterbewegung auslegen. Der Kongress müsse den Willen zu mehr Aktivität befunden. Darum müssen die Metallarbeiter aller Länder zur direkten Aktion schreiten. Der Boykott gegen Ungarn habe gezeigt, daß sich die Erkenntnis zur Aktion überall bemerkbar mache. Allerdings sei es nicht möglich, die Form der Aktionen durch Resolutionen festzulegen, aber das nächste Ziel des Kampfes müsse gezeichnet werden. Darum lege er eine eigene Resolution vor, die die Waffenherstellung verbietet und den Metallarbeitern zur Pflicht mache, die Aktionen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Parteien zu unterstützen. Eine Betonung des Charakters des Krieges findet er nicht notwendig, sondern es müsse ausgesprochen werden, daß wir in der Epoche der sozialen Revolution leben, in der die alten gewerkschaftlichen Methoden als überlebt zu bezeichnen seien.

Andererseits erkennt er die Schwierigkeiten zur Vereinbarung einer gemeinsamen Resolution angesichts der verschiedenen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern an, darum akzeptiert er die Resolution der Kommission, obwohl ihm darin einiges nicht gefällt und zieht seine eigene Resolution zurück.

Mertheim (Frankreich) erklärt, daß er nicht ums Wort gebeten hätte, wäre nicht Müller mit einer eigenen Resolution gekommen. Die Deutschen seien es auf den früheren Kongressen stets gewesen, die die Vorschläge der Franzosen abgelehnt hätten, im Kriegsfall den Generalstreit zu erklären. Wenn heute Müller verlange, daß man die russischen Methoden zu übernehmen habe, dann müßten alle Delegierten nach Hause gehen und den Bürgerkrieg erklären. Er lehne dies ab. Es könne wohl die richtige Methode für Russland sein, das keine starke Bourgeoisie habe; Frankreich aber habe 7 Millionen Bauern, die sich sofort gegen die Arbeitersklasse wenden werden. Wenn die Deutschen die Methoden adoptieren wollten, so könnten sie es ja tun. Die Militarisierung der Arbeit, die Errichtung von Kriegsgerichten für die Arbeiter, die Verwandlung des Landes in eine große Kaserne seien Methoden, die in Frankreich nicht anwendbar seien. Auch habe man den Beschluß der dritten Internationale zur Gründung einer neuen Gewerkschaftsinternationale vor sich, womit sich die Gewerkschaften aller Länder zu beschäftigen haben. Wir hätten nicht Zeit, lange zu diskutieren, sondern müßten die Aktion der Gewerkschaftsinternationale unterstützen und darum die Macht herstellen, die hierzu imstande ist.

Haas (Deutschland) erklärt sich mit den Methoden der Russen nicht einverstanden. Die Resolution der Kommission sei zu lange und enthalte zu viel starke Worte, aber angesichts der Schwierigkeiten stimme sowohl er als sein Freund Kummer dennoch dieser Resolution zu.

Stein (Österreich) erklärt die Schwierigkeiten, denen die Kommission bei Ausarbeitung der Resolution begegnete und wobei natürlich das östhetische Bedürfnis nicht vollkommen auf seine Rechnung kommen konnte. Über von keiner Seite sei die Resolution selbst kritisiert worden, sondern man habe sich nur in allgemeinen theoretischen Auseinandersetzungen bewegt. Die russischen Methoden könnten wir nicht verurteilen, sondern müßten sie erst studieren und dann dazu Stellung nehmen. Notwendig sei, daß die Franzosen mehr Verständnis in die in Deutschland vor sich gegangene Änderung der Mentalität haben. In Müllers Resolution sei die beste Eigenschaft, daß er sie zurückgezogen habe, darum wolle er einem Loten nichts böses nachsagen. Wenn aber Haas die starken Worte in der Resolution der Kommission kritisieren, so erwidert er ihm, daß diese starken Worte den wirklichen Verhältnissen entsprechen.

Dihmann (Deutschland) hebt in einem kurzen Schlußwort hervor, daß es bei der heutigen Beschlussfassung nicht darauf kommt, über Einzelheiten Sowjetrusslands zu urteilen,

sichern, noch viel weniger die sozialen Probleme lösen oder die Befreiung des Proletariats herbeiführen kann. Dies kann auch nach der prinzipiellen Auffassung des Internationalen Metallarbeiterbundes nur durch den revolutionären, von internationaler Solidarität des Proletariats getragenen, von seinen Organisationen geführten Klassenkampf beschleunigt und herbeigeführt werden. Der Krieg west und peitscht nationalistische Feindschaften auf, reißt das Proletariat auseinander, verurteilt es zur Ohnmacht und behindert es daher in der Verfolgung seiner gewerkschaftlichen Ziele.

Der Kongress bestätigt, daß Ziel und Gründe, die zur Errichtung des Internationalen Metallarbeiterbundes führten, heute mehr denn je Geltung haben. Und deshalb betont er mit besonderem Nachdruck die Pflicht der angeschlossenen Organisationen, den Bestrebungen des Kapitalismus den festen Willen und die ganze Aktionskraft des Proletariats mit um so größerer Energie entgegenzustellen, als der Kapitalismus jetzt alle seine Kräfte zur Verwirklichung seiner Zielle sammelt. Diese Pflicht besteht gegenüber allen vom Kapitalismus entfesselten Kriegen, ganz besonders gegenüber dem mit Härte und Furcht geführten Krieg gegen das russische Proletariat. Dieser Krieg zeigt ebenso wie der Kampf gegen das ungarische Proletariat die gemeinsame Schuld und das Zusammenspiel der kapitalistischen Regierungen an der Niederringung nicht nur der Arbeiter Sowjetrepublik und Ungarns, sondern des Sozialismus überhaupt.

Ein Ereignis der Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen und im solidarischen Zusammenschluß mit der gewerkschaftlichen Internationale in Amsterdam fordert der Kongress die Metallarbeiter aller Länder auf, ihre Klassensolidarität durch Verbesserung der Herstellung von Waffen, Munition und jeglichen Kriegsgeräten für die Feinde Sowjetrußlands und für jeden anderen Krieg durch Überwachung der ausführenden Aufträge und durch Unterstützung der Transportarbeiter und Eisenbahner in der Zurückhaltung von Truppen-, Waffen- und Munitionstransporten aktiv zu befürworten.

Der Kongress fordert die Metallarbeiter der ganzen Welt auf, jedem Appell des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Amsterdam zur Aktion in dieser Richtung Folge zu leisten. Darüber hinaus fordert er sie auf, dem Kampf des russischen Proletariats für seine Unabhängigkeit gegen den internationalen Kapitalismus dadurch die wichtigste Unterstützung zu geben, daß sie mit verdoppelter Energie in ihrem eigenen Lande den Kampf gegen die Kaktion und die imperialistischen Machtkonstitutionen aufnehmen, was das einzige Mittel ist, die revolutionären Errungenschaften der russischen Genossen zu retten und die Weiterführung der sozialen Revolution zu sichern."

Nach Eröffnung der Sitzung des

5. Verhandlungstages

berichtet Schilde über die Ergebnisse der Beratungen des Zentralausschusses und schlägt in Abrechnung der durch den Krieg geschaffenen Lage die Verlegung des Sitzes des Zentralkomitees nach der Schweiz vor, um von dort aus in geeigneter Weise die Zusammenführung aller Zweige der Internationale zu bewirken. Diese Verlegung sei als eine vorläufige zu betrachten.

Dem Sekretär soll nunmehr ein Vorstand zur Seite gestellt werden, dessen Mitglieder vom Kongress gewählt werden sollen und dessen Stütze die engere Führungnahme mit den einzelnen Sektionen sowie die Vorbereitung des nächsten Kongresses sein soll.

Er bittet, alle übrigen Fragen, die auf diesem Kongress nicht erledigt wurden, nur zu diskutieren und dem nächsten Kongress zur Beibehaltung vorzubehalten. Von einer weiteren Diskussion über den Punkt „Unsere internationales Beziehungen“ bittet er überhaupt Abstand zu nehmen, nachdem wichtige Sektionen nicht angesprochen seien.

Seine Bemerkungen über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt in Genf bitten er dahin aufzufassen, daß keine Unterordnung des Bundes unter das Amt stattfinden solle, daß aber auch vor allen Dingen zu verlangen sei, daß Deutschland die Mitarbeit an diesem Arbeitsamt mit vollen Rechten eingeräumt werde.

Von Hansen (Schweden) sagt, daß seine standinavischen Freunde die Verlegung des Bundesbezirks nach einem der standinavischen Länder vorzuschlagen.

Braun (Deutschland) beantragt namens seiner Freunde in der deutschen Delegation die Abänderung des zweiten Paragraphen der Vorschläge des Zentralkomitees, welcher besagt, daß die Mitglieder des Vorstandes auf dem Kongress gewählt werden sollen, und dichtet, den Wortlaut wie folgt zu fassen:

„Die Verwaltung des Bundes liegt einem Vorstand ob, der aus dem Bundessekretär und 4 Mitgliedern besteht. Der Kongress bestimmt den Bundessekretär und die 4 Länder, deren Organisationen je einen Vertreter in den Vorstand entsenden. Bei Bestimmung der 4 Länder sind die verschiedenen Sprachgebiete zu berücksichtigen.“

Er begründet den Vorschlag damit, daß der Bund eine Föderation und nicht eine Zentralisation sei und darum müsse man auch den einzelnen angeschlossenen Organisationen das Recht lassen, selbst ihren Vertreter für den Vorstand zu benennen.

Außerdem schlägt er vor, daß auch den standinavischen Genossen ein Sitz im Vorstand des Bundes eingeräumt werde, weil ihnen als dem geographisch günstig gelegenen Lande die Vermittlung mit dem Osten, eventuell auch mit England, leichter möglich sei.

Domes (Österreich) bitte die Standinavier, ihren Vorschlag anzuhören, und gibt zu erwägen, auch den Slawen einen Sitz im Vorstand freizuhalten. Den Vorschlag Braunes hält er für ungeeignet. Er erkläre darin große Gefahren.

Schmid (Deutschland) schlägt vor, den Vorstand auf 5 Mitglieder zusammenzusetzen, wobei die Vertreter des romanischen, tschechoslowakischen und standinavischen Sprachgebiets vom Kongress bestimmt, Engländer und Slawen hingegen zur Bestimmung ihrer Mitglieder aufgefordert werden sollen. Im übrigen befämpft Redner den von Braunes und seinen Freunden gestellten Antrag.

Braun (Deutschland) erklärt sich durchaus bereit, nicht nur zu votzen, sondern auch das fünfte Sprachgebiet zu berücksichtigen; waren die Organisationen dieses letzteren Sprachgebietes bereits angeschlossen, hätte er selbst den Vorschlag gemacht. Wenn Domes von seinem Gesprochenen habe, die sein und seiner Freunde Abänderungsverschlag in sich berge, so habe er allerdings unterlassen, auch nur diese Gefahren zu nennen. Man gebe ja auch den Engländern und den Slawen das Recht, selbst ihre Delegierten zu wählen, dann könne man es doch den Deutschen nicht versagen. Die Wahl durch die Landesorganisation könne in wenigen Tagen erledigt sein und die Aktionsschäigkeit des Vorstandes werde in seiner Weise gestört.

Merrheim ergänzt den Vorschlag des Zentralkomitees dahin, bis 1. April 1921 der nächste Kongress einberufen werden muß.

Schließlich erklärt Olafsson (Schweden), daß die standinavischen Freunde ihren Anspruch auf Sicherstellung in ein standinavisches Land einzutreten, nachdem sie einen Delegierten im Vorstand erhalten.

Nachdem eine Einigung über die Art der Ernennung der Mitglieder des Vorstandes, eine Vereinbarung nicht herbeizuführen war, beantragte Domes (Österreich) eine kurze Vertragung des Kongresses, damit sich die Delegierten deutschen Junges noch einmal beraten könnten.

Erstmals wurde dieser Antrag vom Vorsitzenden nicht abgestimmt beantragt; er ließ vielmehr über den Vorschlag des Zentralkomitees selbst abstimmen, wodurch die Deutschen überstimmt wurden. Darauf beantragte Dihmann (Deutschland) die Vertragung des § 15 des Bundesstatuts, das die Berücksichtigung der Organisationsstärke bei der Abstimmung verlangt.

Merrheim weist darauf hin, wenn man die Bundesstaaten anziehe, seien sie gezwungen, auch von der Vergangenheit zu reden, daß er erklärt, daß es Pflicht der Deutschen bei Kriegsausbruch wären, das Sekretariat nach dem neutralen Ausland zu verlegen, um dessen Weiterfunktionieren zu ermöglichen.

Braun (Deutschland) nimmt diesen Zwischenfall zum Anlaß, Dikmann persönlich heftig anzuziehen, und unterstellt ihm die Floskeln, die Metallarbeiterinternationale sprengen zu wollen.

Wögeding (Bremen) weist diese Angriffe entschieden zurück; gerade er und seine Freunde hätten in ernstester Stunde für die internationale Solidarität geworben.

Ebenso weist Dihmann die Angriffe zurück; Sommer habe wahrlich kein Recht, ihm oder seinen Freunden derartige Unwürde entgegenzuwerden, da sie es doch gewesen seien, die von Kriegsbeginn an die Grundsätze der Internationale hochgehalten und sich mit ihrer ganzen Person dafür eingesetzt haben, während andere zu jener Zeit allerdings ganz entgegengesetzt handelten und die Politik der Kriegsverbrecher unterstützen. Der Kongress müsse darum verstehen, wie sie solche Wörter einsetzen müßten. Sie weisen sie zurück und erklären, daß sie davon vollkommen überzeugt bleiben.

Auf wiederholten Vorschlag der Österreicher tritt eine kurze Vertragung des Kongresses ein. Nach dessen Biederöffnung wird abgestimmt, daß der Vorstand auf dem Kongress gewählt wird und daß sich dieser aus 4 Personen neben dem Sekretär zusammensezt. Zum Sekretär wird gewählt: Dihmann (Schweiz). In den Vorstand: Dihmann für die Gebiete deutscher Sprache, Merrheim für die romanischen Sprachgebiete, Hansen (Kopenhagen) für Skandinavien, England soll aufgefordert werden, umgehend seinen Delegierten für den Vorstand nominhaft zu machen.

Die Franzosen drücken einen Antrag über den

Achtstundentag

ein folgenden Wortlauts:

„Der 8. internationale Metallarbeiterkongress stellt fest, daß in allen auf dem Kongress vertretenen Ländern der Achtstundentag durch den gewerkschaftlichen Kampf erobert und in der Gesetzgebung festgelegt worden ist.“

Er erklärt, daß es die Pflicht der dem Bund angeschlossenen Länder ist, dafür Sorge zu tragen, daß die im Beschluss der internationalen Arbeitskonferenz von Washington enthaltenen Grundsätze vor dem 1. Juli 1921 in die Gesetzgebung aller Länder aufgenommen werden, mit allen Mitteln den Versuchen entgegenzutreten, die die achtstündige Arbeitszeit unter Verlegung des Prinzips dieser Reform verlängern wollen.

Er weist die Metallarbeiter der ganzen Welt darauf hin, daß es besonders von der Kraft ihrer Organisation und ihrem eigenen Willen abhängt, den Achtstundentag zu bewahren, damit diese wichtige Forderung definitiv erungen bleibt.

Er fordert sie auf, energisch jeder Verlängerung des Arbeitstages Widerstand zu leisten, die den Achtstundentag gefährden könnte.“

Vor Schluss der Tagung legt Merrheim (Frankreich) Wert darauf, auszusprechen, daß er und die Vertreter ohne jedes Gefühl der Unmöglichkeit gekommen seien und auch bei der Entscheidung sich nur von der Erwägung leiten ließen, die Internationale wieder in Funktion zu bringen. Er selbst habe in Frankreich in den schwersten Zeiten, die deutschen Arbeiter in Schuh genommen unter Einspeisung seiner ganzen Person und werde auch in Zukunft nicht unterlassen, auf die Notwendigkeit aufrichtiger internationaler Solidarität hinzuweisen. Zur Verstärkung dieser Erklärung beantragt er, außer dem bisherigen Sekretär Schilde bereits zugebilligte Summe von 7000 M. ihm noch eine vom Vorstand festzusezende Gratifikation zu bewilligen.

Rach einem Schlusswort von Hansen (Kopenhagen) und einem dreifachen Hoch auf die Metallarbeiterinternationale schließt der Kollege Solau (Belgien) den Kongress. Unter dem Gesang der Internationale nirgends man Abschied.

An dem darauffolgenden Mittwoch machen es sich die gesetzlichen Dänen noch zur Klugheit, den noch anwesenden Delegierten einige ihrer wichtigsten wissenschaftlichen Einrichtungen zu zeigen. So zeigt man zunächst eines der sehr schönen Volkshäuser mit großem, geschmackvolem Saal und vielen gut eingerichteten Nebenräumen. Einige Volkshäuser bestehen die Organisation noch eine ganze Reihe. Außerdem nahm man die Genossenschaftsbäckerei der Arbeiterschaft in Augenschein, die über 100 Personen beschäftigt, 75 000 hl Bier herstellt und auf modernste eingerichtet ist.

Nach einem kurzen Abschied, wobei das sehr wohlgeschmeidende Bier einer Kostprobe unterzogen wurde, wanderte man zur Maschinenfabrik, ebenfalls einer Arbeitergenossenschaft, die sich nach schweren Ursprüngen gut durchgesetzt hat und nunmehr gut rentiert, wobei zu bemerken ist, daß in allen genossenschaftlichen Unternehmen der dänischen Genossen die Beschäftigten zum mindesten zu den Höchstjahren der Kriege, meist aber darüber hinaus bezahlt werden; Dänemark trifft insbesondere für die Genossenschaftsbäckerei mit eigener Müllerei zu, die täglich 7- bis 8000 Kugelbrote à 4 Kilogramm und 6000 Weißbrote à 600 Gramm liefert, die besten Löhne bezahlt und dennoch die Preise um 13 Ore billiger liefert als die anderen Bäcker. Hierdurch beherrscht die Genossenschaftsbäckerei die Preise und interessant war, zu erfahren, daß auch überall in der Provinz, wo eigene Bäckereien der Arbeitergenossenschaft bestehen, der Brotpreis billiger ist.

Zum Schluss führt man die Delegierten noch nach den Gebläusleisten der Parteipresse „Socialdemokraten“; auch hier wieder zahlreiche komfortable Räumlichkeiten, in der eigenen Druckerei 8 große Linotype-Schreibmaschinen und eine riesige 64-fache Rundrotation. Ein Stab von 20 Redakteuren - dort Mitarbeiter genannt - legt Bezugnis davon ab, daß sich im wohlhabenden Dänemark auch die Redakteure nicht allzu sehr abzuzeichnen haben! Kann es da wundernehmen, wenn man in den Redaktionssälen von „Radikalismus“ und revolutionären Umwälzungen nicht viel vernehmbar mag?

Im ältesten, vor circa 50 Jahren erbauten Volkshaus, in dem schon Bebel, Liebknecht und andere tapfere Kämpfer des Sozialismus gesprochen haben, wurden nach einem kurzen, feierlichen Zusammenklang die letzten Abschiedsgesänge ausgetauscht.

Die Wirtschaftslage Ende August

Das besonders hervortretende Kennzeichen der Wirtschaftslage ist ein weiteres starles Ansteigen des Notenumlaufs und ein Sinken des Goldkurses. Nach dem Ausweis der Reichskasse vom 14. August betrug der Notenumlauf 56,46 Milliarden Mark; gegenüber dem ersten Augustwoche ist der Notenumlauf um mehr als 400 Millionen angestiegen, während zur gleichen Zeit im Vorjahr der Notenumlauf um 300 Millionen Mark vermindert hat. Der Umlauf an Notenbanknoten ist um 97,3 Mill. Mark auf 13 192,7 Mill. zurückgegangen. Insgesamt ist an papieren Zahlungsmitteln über 300 Mill. in Verkehr gesetzt worden. Der Gesamtumlauf an papieren Zahlungsmitteln, abgezogen von den Noten der anderen Betriebsnoten, beträgt fast 70 Milliarden. Der Grund dieser Erhöhung des Umlaufes des Papiergeldes, ist hingleich bekannt. Er liegt in den Verhältnissen zwischen den Ausgaben und Einnahmen des Reiches, die die Regierung drohen, ihre schwedende Schulden bei der Bank immer weiter zu steigern. So ist auch in der letzten Berichtswoche der Wechselkurs, vorunter auch Reichsbanknoten, zu verstecken, auf über 2,3 Milliarden Mark angestiegen, was wohl in nur geringem Maße auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrie und des Handels zurückzuführen und vielmehr durch die Bedürfnisse der Regierung verursacht worden ist.

Zu dieser Beziehung macht Deutschland eigentlich keine Ausnahme. Aberaß stellt der Notenumlauf an, selbst in den Vereinigten Staaten von Amerika zeigt sich eine Anspannung auf dem Geldmarkt, die dadurch gekennzeichnet wird, daß die Industrie und Handels-Zeitung meint, oft bis 30 Prozent Zinsen gezahlt wird. Wie der gleichen Zeitung geschrieben wird, entspricht auch jenseits des Ozeans diese Anspannung von Kredit und Umlaufmitteln nicht den Bedürfnissen des Geschäfts, sondern denen der Regierung. Waren die Banken nicht gezwungen, der Regierung mit Abnahme immer neuer Ausgaben von Schuldverschreibungen auszuholen, könnten sie ihre Fonds in größerem Umfang für Geschäftszwecke ausstellen.

Ähnlich liegt die Lage in England, wo die Annahme des Rates

um 100 Millionen Gulden 1333 M. am 20. August aber schon 1643,35 M. für einen Dollar zahlte man Anfang Juli 37,8 M. und am 20. August 50 M. Die Deutsche Allgemeine Zeitung sieht die Ursache dieser Erhöhung in der Lage des Goldmarktes der Vereinigten Staaten in Amerika, wo infolge der Finanzierung des Krieges eine Anspannung auf dem Goldmarkt eingetreten ist. Aus Amerika werden darum fremde Devisen abgestoßen. Endes haben wir eben gesehen, daß die Anspannung auf dem Goldmarkt in Amerika keineswegs auf die Nachfrage infolge der Erwerbungen zurückzuführen ist, sondern auf den Bedarf der Regierung. Abgesehen davon, ist der Kurs des deutschen Geldes nicht nur dem amerikanischen gegenüber, sondern auch dem Gelde der anderen Länder gesunken. Auch gegenüber dem amerikanischen Gelde ist die Senkung des Kurses des deutschen Geldes bedeutender als der der anderen Länder. So betrug der Kurs am Anfang August und am 19. August:

	1. Juli	19. August	Veränderung in %
London	84,75	358 1/2	9,3
Paris	8,24	7,07	14,2
Rubel	1,76	1,75	-
Berlin	2,63	1,97	25,1

Wie schon erwähnt, ist in den letzten Wochen ein neuerlicher Sturz des Goldkurses eingetreten; so zählte man am 2. Juli für 100 holländische Gulden 1333 M. am 20. August aber schon 1643,35 M. Für einen Dollar zahlte man Anfang Juli 37,8 M. und am 20. August 50 M. Die Deutsche Allgemeine Zeitung sieht die Ursache dieser Erhöhung in der Lage des Goldmarktes der Vereinigten Staaten in Amerika, wo infolge der Finanzierung des Krieges eine Anspannung auf dem Goldmarkt eingetreten ist, sondern auf den Bedarf der Regierung. Abgesehen davon, ist der Kurs des deutschen Geldes nicht nur dem amerikanischen gegenüber, sondern auch dem Gelde der anderen Länder gesunken. Auch gegenüber dem amerikanischen Gelde ist die Senkung des Kurses des deutschen Geldes bedeutender als der der anderen Länder. So betrug der Kurs am Anfang August und am 19. August:

	bis Ende Juni 1920
Belgien	358,7 Millionen
Ungarn-Slowakei	59,5
Frankreich	2957,4
Großbritannien	4227,0
Griechenland	10,0
Italien	1681,3
Rumänien	25,0
Russland	187,7
Serbien	26,7

Darauf sind zurückgezahlt worden: von der belgischen Regierung 10 000, von Frankreich 12 147 000, von England 64 164 007. Abgesehen von den bedeutenden Bürgen, erhält Amerika heute Mengen von Geld durch seine gewaltig angestiegene Handelsbilanz. Speziell der sinkende Kurs der deutschen Mark läßt sich auch durch weitere Kapitalverschiebungen erklären. Das läßt sich zum Teil aus der Abschwächung des Industrialienmarktes in den letzten Tagen ersehen. Während unter normalen Bedingungen bei Abschwächung des Goldkurses der Aktienmarkt steigen müßte, zeigt in den letzten Tagen die Börse eine flache Stimmung, was sicherlich auf die Spekulation mit ausländischem Gelde zurückzuführen und in Zusammenhang mit den neuwährenden häufiger gewordenen Verhandlungen über die Sozialisierung des Bergbaues in Verbindung zu bringen ist.

Welchen Einfluß die Goldmarktlage auf die Geschäftslage ausübt, geht aus dem Bericht über die Lage des Eisenmarktes der Metall-Börse hervor. Darin wird angedeutet, daß die Unternehmer sich wiederum veranlaßt sehen werden, statt Geld Waren in Zahlung zu fordern, was auf die Preise steigend wirkt. Einzelheiten stellt dieser Bericht fest, hat die weiterverarbeitende Industrie, trotz des Sinkens der Mark, noch keine größere Auslandsaufträge erhalten. Die Mannesmann-Rohrwerke sollen allerdings große Aufträge auf Bohrrohre für Niederländisch-Indien erhalten, aber im scharfen Wettbewerb und nicht zu günstigen Preisen. Bei steigendem Kurs des ausländischen Geldes wird dieses Unternehmen schon auf seine Kosten kommen. Über die Aufträge für die deutsche Waggonindustrie aus Frankfurt a. M. ist nichts genaues bekannt geworden. Ferner wird dieser Zeitschrift aus Rheinland-Westf

Über die Lage des Textilmärktes berichtet die „Frankfurter Zeitung“ vom 22. August 1920: „Die Lage der Textilindustrie in den außerdeutschen Ländern in den letzten Wochen wird nach vorliegenden Berichten nicht sehr günstig beurteilt. Nebenall sind große Werte vorhanden, ohne einen entsprechenden Absatz. Die Fabrikanten haben dort ebenfalls ihre Betriebe eingeschränkt müssen. In den französischen Wollwebereien wurden die Verkaufspreise herabgesetzt, in den Leinen- und Baumwollbetrieben können zu den bisherigen Preisen keine neuen Abschlüsse getätigt werden. Die französische Wirkwarenindustrie ist einigermaßen betroffen. Die Lage der französischen Seidenbetriebe hat sich genau wie in Deutschland in den letzten Wochen gebessert. In Schweden wurde das Textilgewerbe ruhiger; ebenfalls ist der Gang in Norwegen wie bisher ziemlich ruhig. Wie verlautet, sollen in den nordischen Ländern noch keine größeren Betriebsbeschränkungen vorgenommen worden sein. Noch ungünstig wird der Textilmarkt in Japan beurteilt. In Österreich und ebenfalls in Belgien müsste man die Unternehmen teilweise einschränken.“ Die Preisbelegung für Baumwolle, Garn und Gewebe weisen demgegenüber eine steigende Tendenz auf, so stellen sich die Preise seit dem 30. Juli:

	alles in Mark	22. Juli	14. August	21. August
Baumwolle das Kilo	44	48-50	51	
Garn per Kilo 86er	72-77	78-88	80-88	
" " 20er	60-65	68-73	70-75	
Seide per Meter:				
92 cm 19/18 à 86/42 9,5-10,5	9,7-10,7		10-11	
88 cm 16/16 à 20/20 11,2-12,2	12,8-13,8		12,6-13,60	

Umgekehrt gehen die Seidenpreise immer noch zurück. So z. B. kostete Crep-de-Chine Mitte Juli 95 bis 100 M. der Meter, Anfang August 65 M. und Ende August 63 M. Messalin 85 cm breit kostete Mitte Juli 98 M., Mitte August 63 M. und Ende August 62 M. Diese Preisbewegung wird wohl nicht lange dauern, da die Rohseidenpreise schon angehen, wohl infolge des Rückgangs des Marktpreises.

Eine steigende Tendenz weisen auch die Chemikalienpreise auf. Mit dem Sinken des Marktpreises gehen die Preise der Waren immer mehr in die Höhe.

Lys.

Die Zusammenfassung der Betriebsräte im 8. Bezirk

Gemäß den Beschlüssen des erweiterten Beirats stand am 15. August in Ciechen eine Konferenz der Betriebsräte für den 8. Bezirk statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Das Zusammenarbeiten der Betriebsräte im 8. Bezirk und ihre Aufgabe“ referierte Kollege Bernhard. Er führte aus, daß es an der Zeit sei, die Beschlüsse des erweiterten Beirats in die Tat umzusetzen. Wenn in den größeren Betriebsstellen die Zusammenfassung und Ausbildung teilweise erfolgt ist, so ist in den kleineren ländlichen Orten so gut wie nichts geschehen. Hier gilt es einzusehen. Für diese Aufgabe ist von der Bezirksleitung der Kollege Plewe speziell vorgesehen, die Vortragskurse zu arrangieren, die dazu vorhandenen Kräfte richtig einzutunnen und den Betriebsstellen mit Rat und Tat zu helfen. Außer der Allgemeinbildung werden für die Betriebsräte großer Industriegruppen spezielle Vorträge nötig sein. In den kleinen Betriebsstellen werden sich die Kollegen mit den anderen Gewerkschaften bezüglich dem Gewerkschaftskontroll in Verbindung setzen, um den Bürotreff zu erweitern. Am übrigen ist es nötig, daß die Betriebsräte und lernbegierige Mitglieder an den Vorträgen teilnehmen, um den nötigen Nachwuchs zu erzeugen. Diese Bildungsarbeit lohnt viel Geld, jedoch sollen die Betriebsräte die Instrumente für die Sozialisierung werden, dann dürfen wir die Kollegen für die Ausbildung derselben nicht scheuen und niedrige Volksklassenbeiträge erhöhen. Unter 80 S. sollte es in der 1. Klasse keine mehr geben.

Ein kurzer Überblick sei auch über die bisherige Tätigkeit der Betriebsräte nötig. Die Aufgaben derselben werden von den Mitgliedern teilweise nicht richtig ausgeführt. Sie glauben, der Betriebsrat ist das Mädchen für alles und nehmen ihn bei jeder persönlichen Angelegenheit in Anspruch. Das geht für die Dauer nicht. Selbst in der Praxis. Kleine eigene Angelegenheiten sind zunächst beim Meister oder Betriebsleiter selbst vorzubringen, erst wenn keine Erfolglosigkeit erfolgt, wird der Betriebsrat in Anspruch genommen. Die Betriebsräte sollen sich nicht in Kleinigkeiten verlieren, sondern ihre Aufgabe darin erblicken, in die Kontrolle der Produktion, Stoffaufteilung Einfluß zu bekommen. Die Unternehmer legen natürlich das Gesetz so aus, wie es verstehen, und es ist daher verständlich, daß unter der Arbeiterschaft eine große Misströmung besteht, diese sollte sich jedoch nicht gegen die Betriebsräte, sondern gegen die eigentlichen Schuldbildigen richten. Wir wissen alle, daß die Betriebsräte kein leichtes Amt haben, deshalb müssen wir sie unterstützen und schulen.

Die Organisierung der Betriebsräte ist eine vielseitigste Frage geworden, jedoch für den logisch Denkenden leicht zu lösen. Die Betriebsräte sind Funktionäre der Gewerkschaft und haben als solche in ihrem Sinne zu handeln. Sodann Loslösung von ihr in eine Überorganisation, wie es die Betriebsrätezentrale will, ist das größte Hemmnis für unsere geplante Entwicklung und weiter nichts als eine Herabsetzung der Arbeiterbewegung. Der Betriebsrätezentrale sind mit angeblich nicht revolutionär genug, um die Betriebsräte selbst im Sinne des Sozialismus zu erziehen? Im gleichen Bilde sind ihr die unionistischen, sozialen, gelben und ähnlichen Betriebsräte revolutionär genug, um sie in ihre Organisation aufzunehmen. Diese revolutionären Freiwilligen gerieten, wer will. Wir wollen unsere Aufgaben erfüllen, die Mitglieder im wirklich gefundenen revolutionären Sinne erziehen, damit leisten wir der Arbeiterbewegung den besten Dienst. Zum 8. Bezirk soll für solche Überorganisation kein Platz sein. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 15. August tagende Konferenz der Betriebsräte des Bezirks beklagen sich geschlossen zu dem Beschluß des erweiterten Beirats, nach welchem die Zusammenfassung der Betriebsräte als Aufgabe des Verbandes resp. der Gewerkschaft festgelegt worden ist. Die Konferenz bringt zum Ausdruck, daß die Betriebsräte als Funktionäre der Gewerkschaft gelten und ihre Aufgaben nur im engsten Zusammenarbeiten mit der Gewerkschaft gelöst, von ihr geführt und erfüllt werden, damit sie im revolutionären Sinne wirken, um zum Sozialismus zu kommen.“

Eine Organisierung außerhalb der Gewerkschaft kann nur das Zusammenarbeiten zwischen Gewerkschaft und Betriebsräte fördern und Zerstörung in die Arbeiterschaft bringen, der wir mit aller Entschiedenheit entgegen treten müssen.

Aufschlußend daran wurde die Regionalversammlung begangen, die Betriebsstellen bestimmt, in welchen die Kommunistenwähler für die einzelnen Hauptgruppen zu wählen sind.

Zu Punkt 3: „Unser rechte Betriebsräte“ referierte Kollege St. E. In Hand des Material wies er die Betriebsräte der Kolosse nach. Wenn hier nicht bald Maßnahmen getroffen würden, zögern diejenigen die Zusammenfassung längere, die hier nicht energisch zugreifen, und das ist die Regelung. Arbeiterschaft einerseits und Betrieb am Kreislauf einer Art auf der ganzen Linie, das ist die heutige Erfahrung. Die Stellung des Rades ist erschöpft. Selbst der höchste Kratze der Autoren steht an der heutigen Stelle. Sie wollen in der momentanen und drückenden Zeit, in der wir uns befinden, auch viel verdienen, noch nie haben die Akteure gescheitert, sehr hohe Dividenden bereit, als im letzten Jahre. Hier läuft nun ein Rädels. Die Produktion darf nicht vom Geschäftspunkt des Kapitals her optimiert, sondern im Interesse der Allgemeinheit erfolgen. Es muß die kapitalistische Produktion besiegelt werden. Wir wollen damit nicht jede Gewerkschaftsleitung isolieren, sondern bereits an der Eisen-, Kohlen- und Rohstoffproduktion anknüpfen. Eine andere Stellung gibt es für uns nicht. Dieses Ziel zu erreichen, bereit es geführter Kampf von Betriebsräten, disziplinierter Arbeiter, die, wenn es gilt, für die Allgemeinheit zu arbeiten, bereit sind, auch Opfer zu bringen.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 19. Septbr. ist der 39. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. September 1920 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Vorstandschaft: I. II. III. monatlich fliegend			Beginn der Beitragserhöhung
	1	II	III	
Leer	80	—	—	40. Beitragwoche.
Ulmburg	80	—	—	—
Massow i. P.	80	—	—	—
Oppeln	80	—	—	—
Schwarzenbach a. S.	80	80	50	38. —
Stolp i. Pommern	—	—	25	38. —

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Wieder aufgenommen werden:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hannover:

Der Hobler Louis Lange, geb. am 12. Juni 1866 zu Hannover (2607); der Schlosser Heinrich Müller, geb. am 17. März 1874 zu Ansleben (2214); der former August Seegler, geb. am 9. April 1887 zu Linden (4712).

Aufforderung zur Rechtsfertigung:

Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg:

Der Dreher Heinr. Müller, geb. am 9. September 1877 zu Karlsruhe, Buch Nr. 1.478.966, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Königsberg:

Der Schlosser Georg Petersen, geb. am 18. Juli 1892 zu Kuhnen, Buch Nr. 3.202.607, wegen Streitbruch; der Volontär Guernau Chambeau, geb. am 1. Juli 1895 zu Königsberg, Mitgliedschaftsausweis Nr. 658.231, wegen Streitbruch.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Dresden:

Der ? Kurt Niedel, geb. am 6. Mai 1895 zu Grusig, Buch Nr. 82.488, nach § 22 Abs. 1 c des Statuts.

Öffentlich gerichtet wird:

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Bremen:

Der Schlosser Karl Albert Hartmann, geb. am 21. Aug. 1885 zu Bremen, Buch Nr. 1.456.727, wegen unkollegalem Verhalten.

Geschlossen werden:

Mitgliedsbuch Nr. 3.571.962, lautend auf den Schmied Bruno Scholz, geb. am 29. April 1896 zu Schwiebus, eingetreten am 17. Februar 1919. (Breslau.)

Mitgliedsbuch Nr. 3.130.704, lautend auf den Installateur Alfred Sorenski, geb. am 29. Juni 1895 zu Bierbaum (Konigschütte). Mit kollegalem Gruss Der Vorstand.

Zur Beachtung! + Zugang ist fernzuhalten:

von Bronzarbeitern nach Grumbühl und Stockdorf bei München St;

von Drahtwebern nach Maguhn D;

von Formern und Giecherarbeitern nach Eßlingen (Eßlinger Maschinenfabrik) M;

von Gold- a. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; nach Leipzig D;

von Graben- und Bleileuten nach Stuttgart (alle Betriebe, die dem R-A nicht unterstehen) D;

von Heizungsmechanikern, Hissmontenenten und Helfern nach München St;

von Klempnern und Fassallatoren nach Stolp i. Pommern (Fa. Mengel) A;

von Metallarbeitern nach Bleicherode (Fa. F. Kinkel) D; nach Bremen L; nach Danzig St; nach Elbing D; nach Gehren in Thüringen (Fa. Spannus) D; nach Hennef bei Siegburg St. und A; nach Südben (Fa. Riedel) M; nach Sommerda i. Th. (Rhine-Bfr. Metallwarenfabrik) A; nach Trier L

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; R = Ruhregelung; Mi. = Rißstände; A = Abschaltung.

Alle Meldungen über Differenzen, die zur Spaltung eines Ortes oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Verstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverantwortungen und Bezirksleitungen eingerichtet werden und endreisend bestanden sein.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreitbare Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Schwächung bei der geplanten Erarbeitung aber, wo eine solche nicht besteht, beim Verstand einzuhalten. Das Schriftblatt ist von der Verwaltung, der das Mitglied jetzt angehört, zum Nutzen der Mitgliedschaft abzuspielen.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreitbare Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Schwächung bei der geplanten Erarbeitung aber, wo eine solche nicht besteht, beim Verstand einzuhalten. Das Schriftblatt ist von der Verwaltung, der das Mitglied jetzt angehört, zum Nutzen der Mitgliedschaft abzuspielen.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreitbare Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Schwächung bei der geplanten Erarbeitung aber, wo eine solche nicht besteht, beim Verstand einzuhalten. Das Schriftblatt ist von der Verwaltung, der das Mitglied jetzt angehört, zum Nutzen der Mitgliedschaft abzuspielen.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreitbare Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Schwächung bei der geplanten Erarbeitung aber, wo eine solche nicht besteht, beim Verstand einzuhalten. Das Schriftblatt ist von der Verwaltung, der das Mitglied jetzt angehört, zum Nutzen der Mitgliedschaft abzuspielen.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreitbare Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Schwächung bei der geplanten Erarbeitung aber, wo eine solche nicht besteht, beim Verstand einzuhalten. Das Schriftblatt ist von der Verwaltung, der das Mitglied jetzt angehört, zum Nutzen der Mitgliedschaft abzuspielen.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreitbare Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Schwächung bei der geplanten Erarbeitung aber, wo eine solche nicht besteht, beim Verstand einzuhalten. Das Schriftblatt ist von der Verwaltung, der das Mitglied jetzt angehört, zum Nutzen der Mitgliedschaft abzuspielen.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreitbare Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Schwächung bei der geplanten Erarbeitung aber, wo eine solche nicht besteht, beim Verstand einzuhalten. Das Schriftblatt ist von der Verwaltung, der das Mitglied jetzt angehört, zum Nutzen der Mitgliedschaft abzuspielen.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreitbare Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Schwächung bei der geplanten Erarbeitung aber, wo eine solche nicht besteht, beim Verstand einzuhalten. Das Schriftblatt ist von der Verwaltung, der das Mitglied jetzt angehört, zum Nutzen der Mitgliedschaft abzuspielen.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreitbare Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Schwächung bei der geplanten Erarbeitung aber, wo eine solche nicht besteht, beim Verstand einzuhalten. Das Schriftblatt ist von der Verwaltung, der das Mitglied jetzt angehört, zum Nutzen der Mitgliedschaft abzuspielen.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreitbare Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Schwächung bei der geplanten Erarbeitung aber, wo eine solche nicht besteht, beim Verstand einzuhalten. Das Schriftblatt ist von der Verwaltung, der das Mitglied jetzt angehört, zum Nutzen der Mitgliedschaft abzuspielen.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreitbare Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Schwächung bei der geplanten Erarbeitung aber, wo eine solche nicht besteht, beim Verstand einzuhalten. Das Schriftblatt ist von der Verwaltung, der das Mitglied jetzt angehört, zum Nutzen der Mitgliedschaft abzuspielen.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreitbare Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Schwächung bei der geplanten Erarbeitung aber, wo eine solche nicht besteht, beim Verstand einzuhalten. Das Schriftblatt ist von der Verwaltung, der das Mitglied jetzt angehört, zum Nutzen der Mitgliedschaft abzuspielen.